

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 50.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Bezahlungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln

Köln, den 14. Dezember 1918.

Inserationspreis für die Wergelp. Zeitsp. 30 Pfg. Stellengefuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Deulerwall 3. Telefonruf 8. 1546. — Redaktionschluss für Samstag Mittag

19. Jahrg.

Tarifamt für das Holzgewerbe.

Je mehr die kollektiven Arbeitsverträge sich im Holzgewerbe durchsetzen, umso deutlicher zeigte sich der Mangel einer Zentralstelle, die der Entwicklung, Richtung und Ziel gab, die dazu die Vollmacht besaß überall regelnd einzugreifen, wo sonstige Stellen bei der Regelung von Streitigkeiten zwischen Arbeiter und Arbeitgebern versagten. In der gemeinsamen Rundgebung der Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen des Holzgewerbes zu Berlin am 26. Nov. d. J. wurde die Schaffung einer derartigen Stelle beschlossen. Das „Tarifamt für das Holzgewerbe“, wie diese Stelle heißen soll, ist mit dem 1. Dezember d. J. ins Leben getreten. Nachstehende Satzungen haben für das Tarifamt Geltung:

1. Zur Verhütung und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten im Holzgewerbe wird von den Zentralverbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer ein „Tarifamt für das Holzgewerbe“ errichtet.

2. Das Tarifamt hat seinen Sitz in Berlin. Es wird gebildet aus je fünf Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer des Holzgewerbes. Die Wahl der Vertreter erfolgt durch die Verbände. Für jeden Vertreter ist ein Ersatzmann zu bestimmen. Die Wahlperiode ist auf drei Jahre festgesetzt, Wiederwahl ist zulässig. Nach dem ersten und zweiten Jahr scheiden je zwei Mitglieder, die durch das Los bestimmt werden, aus. Vom dritten Jahr an wird die Reihenfolge des Ausscheidens durch die Reihenfolge des Eintritts bestimmt.

3. Außer den zuständigen Mitgliedern des Tarifamtes bezw. deren Stellvertretern können zu den Sitzungen des Tarifamtes auch andere Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zugelassen werden, jedoch nur mit beratender Stimme.

4. Die Mitglieder des Tarifamtes wählen je aus ihrer Mitte einen Obmann der Arbeitgeber- und einen Obmann der Arbeitnehmervertreter. Beide Obmänner führen gemeinsam die Geschäfte des Tarifamtes. Seine Geschäftsordnung gibt das Tarifamt selbst.

5. Die sachlichen Kosten des Tarifamtes entfallen je zur Hälfte auf die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer. Die persönlichen werden von den Verbänden gefordert getragen.

6.) Die besonderen Obliegenheiten des Tarifamtes sind:

- a) Aufrechterhaltung eines geordneten Verhältnisses zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Holzgewerbes.
- b) Verhütung von Arbeitsstreitigkeiten, Überwachung der tariflichen Arbeitsbedingungen, allgemeine Durchführung der abgeklärten Tarifverträge und Zurückweisung etwaiger Verstöße gegen den Sinn der Verträge.
- c) Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten durch Verhandlungen und Entscheidungen.
- d) Erledigung von Anträgen und Beschwerden über die Auslegung und praktische Anwendung der Tarifverträge.
- e) Vorbereitungen zu den Verhandlungen zur Erneuerung der Tarifverträge. Zu diesem Zweck gegebenenfalls Vornahme statistischer Erhebungen über die Arbeits- und Tarifverhältnisse in den einzelnen Städten und Betrieben.

7. Beschwerden und Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dürfen erst dann vor das Tarifamt gebracht werden, wenn sie in den örtlichen Schlichtungskommissionen nicht erledigt oder geschlichtet werden konnten. Streiks und Aussperrungen dürfen in keinem Fall stattfinden, bevor das Tarifamt angerufen ist und ein Einigungsversuch unternommen hat. Entscheidungen des Tarifamtes müssen nach seiner Anrufung erfolgen.

8. Das Tarifamt hat alle Obliegenheiten eines zentralen Einigungsamtes, soll aber erforderlichenfalls auch als Schiedsgericht tätig sein. Entscheidungen des Tarifamtes können immer nur von der gleichen Anzahl Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter gefällt werden. Kommt eine Entscheidung unter der Leitung der Obmänner nicht zustande, so kann auf Beschluß des Tarifamtes ein unparteiischer Vorsitzender zugezogen werden, dessen Stimme den Ausschlag gibt.

9. Entscheidungen des Tarifamtes müssen von den Beteiligten anerkannt und durchgeführt werden. Die Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben die Pflicht, auf ihre Mitglieder in diesem Sinne mit allen Mitteln einzuwirken.

10. Die Mitglieder des Tarifamtes dürfen sich bei allen Entscheidungen nur von den aus den Verhandlungen des Tarifamtes selbst sich ergebenden sachlichen Gründen leiten, keinesfalls jedoch durch vorgeschaffte Beschlüsse und Maßnahmen der Organi-

sation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beeinflussen lassen.

11. Die Entscheidungen des Tarifamtes sind öffentlich bekannt zu machen. Die Organe der beiderseitigen Verbände sind zu unentgeltlicher Aufnahme der Bekanntmachungen des Tarifamtes verpflichtet.

12. Der Anschluß an das Tarifamt steht jedem Berufsverband offen, dessen Bestrebungen mit den Aufgaben des Tarifamtes nicht in Widerspruch stehen. Ueber die Aufnahme neuer Verbände und deren Vertretung im Tarifamt kann nur in einer Vollsitzung des Tarifamtes entschieden werden.

Mit der Schaffung des Tarifamtes ist auch jener Bestimmung in den Vereinbarungen der großen Gewerkschaftsverbände mit den zentralen Arbeitgeberorganisationen entsprochen, die einen Zentralausschuß auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliedertem Unterbau für das deutsche Wirtschaftsleben vorsieht.

Die Anzahl der Vertreter im Tarifamt ist endgültig noch nicht bestimmt. Die Zusammenlegung wird insbesondere durch den zu erwartenden Beitritt weiterer Arbeitgeberorganisationen wesentlich beeinflusst werden. Als Vertreter des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter wird der Kollege Hubert Schmitz, Berlin N. O. 27, Blumenstr. 75 im Tarifamt tätig sein. Unsere Zahlstellen wollen sich bei der Erledigung von Aufgaben des Tarifamtes, an der sie ein Interesse haben mit dem genannten Kollegen in Verbindung setzen.

Der Achtfundentag.

Sollte die „kulturelle Hebung des Arbeiterstandes“ mehr als eine leere Formel im Programm unserer Bewegung sein, so gehörte die Verkürzung der Arbeitszeit auf ein den allgemeinen Verhältnissen entsprechendes Maß zu den Hauptaufgaben unseres Verbandes. Kein besseres Beispiel für das auf diesem Gebiete erfolgreiche Wirken unseres Verbandes gibt es, als die Entwicklung der Arbeitszeit im Holzgewerbe des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Als der Verband hier einsetzte, betrug die wöchentliche Arbeitszeit vielfach noch 66 Stunden. Die letzten Tarifabschlüsse sehen bereits eine Wochenarbeitszeit von 53 Stunden vor. Wohl nirgends ist eine Arbeitsverkürzung in diesem Umfang in so verhältnismäßig kurzer Frist vor sich gegangen, als im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo unser Verband seinen starken Einfluß ausübte.

Trotz der Entschiedenheit, mit der sich der Verband für die Verkürzung der Arbeitszeit einsetzte, hat er ein bestimmtes, fest umgrenztes Ziel in der Arbeitszeitfrage nicht gestellt. Aus unseren Reihen ist der Ruf nach dem Achtfundentag nicht gekommen, weil wir es für verfehlt hielten, uns damit für dauernd auf eine bestimmte Arbeitszeit festzulegen. Der Achtfundentag konnte auch für manche Städte, in denen der Neunstundentag schon der Vergangenheit angehörte, nicht mehr als ein großes Ziel, nach dem leidenschaftlich gestrebt werden mußte, gelten. Unter solchen Verhältnissen, die eine noch kürzere wie achtfundige Arbeitszeit in greifbarer Nähe erscheinen ließ, erschien uns die Formel „Verkürzung der Arbeitszeit“ zweckmäßiger, wie die der „Herbeiführung des achtfundigen Arbeitstages“.

Jetzt stehen wir vor der allgemeinen Einführung des Achtfundentages. Durch ein Edikt des Rates des Volksbeauftragten vom 12. Nov. d. J. wird bestimmt, daß die achtfundige Arbeitszeit bis spätestens 1. Januar 1919 mit Gesetzeskraft zur Durchführung kommt. Es wäre jedoch falsch, anzunehmen, es hätte erst einer sozialdemokratischen Regierung bedurft, um diesen Fortschritt zu erreichen. Zweifellos ohne wäre die praktische Durchführung jenes Ediktes gar nicht möglich, wenn nicht die Gewerkschaften in jahrzehntelanger Vorarbeit den Boden dafür vorbereitet hätten. Der Achtfundentag wäre auch für die Gesamtheit der Arbeiter gekommen ohne Revolution und Revolutionsregierung. Im Reichswirtschaftsamt, das die wirtschaftliche Demobilisierung vorzubereiten hatte, war der Achtfundentag schon planmäßig vorgesehen, ehe noch die Sozialdemokratie die politische Diktatur aufträte. Die in jene Zeit fallenden ersten Besprechungen der Gewerkschaftsführer mit den Leitern der Arbeitgeberverbände führten zu der unterm 15. November veröffentlichten Vereinbarung, daß das Höchstmaß der täglichen Arbeitszeit für alle Betriebe acht Stunden betragen solle.

Wir erkliden in der allgemeinen Anerkennung der achtfundigen Arbeitszeit den Erfolg des Wirkens der Gewerkschaftsbewegung. Nur die eine Sorge beschleicht uns: Wie wird unsere auf die Ausfuhr angewiesene Industrie den

Konkurrenzampf bestehen können, wenn andere Länder auf Grund niedrigerer Löhne, längerer Arbeitszeiten, besseren und billigeren Bezugs der Rohstoffe günstiger dastehen? — Wird es unsere Aufgabe sein müssen, einmal durch eine bessere Produktions- und Betriebsorganisation den Konkurrenzkampf aufnehmen zu können, so erwacht unseren Friedensunterhändlern weiterhin die unabwendbare Pflicht, für die internationale Einführung des Achtfundentages mit aller Kraft einzutreten.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 50. **Wochenbeitrag** im Jahre 1918 für die Zeit vom 8. bis 14. Dezember fällig ist.

Die Einführung der achtfundigen Arbeitszeit darf keine Verdienstminderungen für die Arbeiter zur Folge haben. Für die verkürzte Arbeitszeit tritt ein Lohnausgleich ein. Wo sich die Arbeitgeber weigern, dieser Vereinbarung nachzukommen, sind die zuständigen Verbandsstellen sofort zu benachrichtigen.

Neue Beitragsmarken. Mit Beginn des Jahres 1919 kommen neue Beitragsmarken zur Verwendung. Der Bestand der neuen Marken erfolgt in nächster Zeit. Die neuen Marken dienen als Quittung auch für die Beitragseinkahlung im Jahr 1918, soweit die Zahlstellen mit alten Marken nicht mehr beliefert werden konnten. Mit Beginn des Jahres 1919 dürfen Marken mit dem Aufdruck „1918“ nicht mehr verwandt werden. Ueberzählige Bekände an nicht mehr verwendbaren Marken sind mit der Bistelljahrsabrechnung an die Geschäftsstelle des Verbandes einzulenden.

Verlorene Mitgliedsbücher: Nr. 29340, Josef Wilmer; Nr. 61291, Heinrich Rod; Nr. 77478, Theodor Schneider; Nr. 77772, Theodor Schilling; Nr. 99302, Johann Jeger; Nr. 93441, Josef Steiner; Nr. 110128, Joh. Storck. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Lohnwünsche der Holzarbeiter.

Dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe wurde arbeiterseitig in Vorschlag gebracht, in Anbetracht der veränderten Verhältnisse eine Änderung in den Abmachungen vom 21. August d. J. eintreten zu lassen. Borgefchlagen wurde

a) zur Arbeitszeit:

Das Höchstmaß der täglichen Arbeitszeit wird für alle Orte und Betriebe im ganzen Reich auf acht Stunden festgesetzt. Der Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung ist, auch für Akkordarbeiter, vom Arbeitgeber zu tragen; Verdienstminderungen dürfen nicht stattfinden.

Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und der Pausen sind möglichst einheitlich für jeden Ort durch die örtlichen Schlichtungskommissionen zu regeln, denen auch die Entscheidung etwaiger Streitigkeiten über den Lohnausgleich obliegt.

b) zu den Mindestlöhnen:

Die Mindestlöhne sollen fortan betragen:

Tarifklasse	1	2	3	4	5	6
für Facharbeiter	165	155	145	135	126	115 Pfg.
für Hilfsarbeiter	140	132	124	116	108	100 "
für Facharbeiterinnen	90	85	80	75	70	65 "
für Hilfsarbeiterinnen	80	76	72	68	64	60 "

Für Arbeiter und Arbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren sollen die Mindestlöhne in jeder Tarifklasse 10 Pfg. pro Stunde niedriger sein.

c) zur Akkordarbeit:

Bei Akkordarbeit sind die Stücklöhne so zu bemessen, daß der Arbeiter resp. die Arbeiterin bei durchschnittlicher Leistung in der regelmäßigen Arbeitszeit (Ziffer 2) mindestens die nachstehenden Wochenverdienste erzielt:

Tarifklasse	1	2	3	4	5	6
Arbeiter	110	102	94	86	78	70 Mk.
Arbeiterinnen	60	56	52	48	44	40 "

Werbt für den Verband! Im neuen Deutschland darf es keinen unmorganisierten Holzarbeiter geben!

Bei nichttarifizierten Akkordarbeiten oder bei Lohnarbeiten sind diese Wochenverdienste den Akkordarbeitern garantiert.

Alle übrigen Bestimmungen der Lohnvereinbarungen und Tarifverträge sollen bestehen bleiben.

Die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes stellte sich auf den Standpunkt, daß die bisherigen Vereinbarungen unbedingt erhalten werden müßten.

Die Forderungen der Holzarbeiter wurden dem neugeschaffenen Tarifamt zur Erledigung überwiesen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Spaichingen. Die Zahlstelle Spaichingen beklagt das Hinscheiden ihres langjährigen Vorsitzenden, des Kollegen Max Kronenbitter.

Stm. Durch Vereinbarung mit dem Arbeitgeber-Schutzverband, wurde als Termin für die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit, Freitag, der 6. Dezember bestimmt.

Stm. Durch Vereinbarung mit dem Arbeitgeber-Schutzverband, wurde als Termin für die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit, Freitag, der 6. Dezember bestimmt.

Gewerkschaftliches.

Unsere Verbandssekretariate.

Durch die Einberufung der Verbandsangestellten zum Heeresdienst, sind die meisten Bezirks- und Ortssekretariate des Verbandes in der Kriegszeit dauernd oder vorübergehend verwaist gewesen.

Nachstehend geben wir die Adressen unserer Sekretariate bekannt und verbinden wir damit die Bitte, daß alle Verbandsmitglieder bestrebt sein mögen in gemeinschaftlicher Arbeit mit den freigestellten Verbandsfunktionären für den Fortschritt des Verbandes zu wirken.

Nachen. Ortsbeamter: Franz Bleilebens, Poststraße 56, Fernsprecher 1583.

Berlin. Bezirksleiter und Vertreter des Verbandes im Tarifamt: Hubert Schmitz; Ortsbeamter: Karl Weigelt, Verbandsbüro: NO 27, Blumenstraße 75, Fernsprecher Amt Königsplatz 10 100.

Böhrn. Bezirksleiter Christian Schild, Alleestraße 17; Fernsprecher 1111.

Breslau. Bezirksleiter Julius Schenble, Neuschloßstraße 1, Fernsprecher 6286.

Stm. Geschäftsstelle des Verbandes: (Kurtzsch, Janzen, Auf). Benloerwall 9; Fernsprecher B 1546. — Ortsbeamter: Wilhelm Kufschmidt und Josef Angermaier, Benloerwall 9, Fernsprecher A 3210.

Danzig. St. unbelegt. Ehrenamtlicher Bezirksleiter; Ernst Wankel, Schulstraße 1, Neue Schule.

Dortmund. Ortsbeamter Fritz Hille, Westerblichstraße 64, Fernsprecher 3379.

Düsseldorf. Bezirksleiter Philipp Steben, Ortsbeamter Karl Weber, Verbandsbüro: Lützenstraße 27, Fernsprecher 12823.

Eben. Ortsbeamter: Johann Krajewski, Simburgerplatz 25, Fernsprecher 1042.

Frankfurt a. M. Bezirksleiter Otto Kresse, Bethmannstr. 13, Fernsprecher: Amt Gans 8232.

Freiburg i. B. Bezirksleiter: Josef Melzl, Haslachstr. 82, Hannover. Bezirksleiter Heinrich Böhmde, Kanonenwall 16, Fernsprecher Nord 7756.

Ferford. Ortsbeamter Heinrich Staats, Stifftberg, Weierstraße 28.

München. Bezirksleiter Johann Haas, Ortsbeamter Aloys Blasche, Verbandsbüro: Bayerstraße 25, Fernsprecher 51692.

Nürnberg. Bezirksleiter Hubert Erpenbeck, Bogenstraße 33, Fernsprecher 3858.

Von den Angestellten des Verbandes kehrten aus dem Kriege nicht zurück: Josef Mitl, Verbandskassierer (vermisst seit Sept. 1914). Theodor Meyers, Verbandssekretär an der Zentralstelle; Aloys Heinsold, Bezirksleiter in München, Paul Schoppol, Bezirksleiter in Breslau; Fabian Rnoch, Bezirksleiter in Danzig; Hans Zeller, Ortsbeamter in Köln.

Wehrt Euch Verbandsmitglieder!

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Berlin hat in vollständiger Verkennung seiner Befugnisse folgende Verfügung erlassen:

„Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen für alle in den Betrieben Groß-Berlins beschäftigten Personen ist Aufgabe der freien Gewerkschaften. Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend wird ermächtigt, sämtliche erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

Der Kartellauschuss der sozialdemokratischen Gewerkschaften Berlins hat von diesem angeblichen Rechte sofort Gebrauch gemacht und eine Reihe von Anordnungen getroffen — z. B. über die Auflösung der bestehenden Arbeiterausschüsse, über Neuwahlen usw. —, bei denen alle anderen Gewerkschaftsrichtungen einfach ausgeschaltet werden.

Gegen die überhebliche Annahme und einseitige Diktatur, wie sie dem Berliner Vorgehen zu Grunde liegt, müssen die nichtsozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisationen mit aller Entschiedenheit ihre Vermahrung einlegen. Die christlichen Gewerkschaften Berlins haben das sofort nach dem Bekanntwerden der vorerwähnten Vorgänge getan.

Soziale Rundschau.

Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer! Jeder Arbeiter gehört in eine Gewerkschaft. Hier finden die Arbeiterinteressen ihre Vertretung. Soweit das Arbeitsverhältnis in Frage kommt, findet auch der Kriegsbeschädigte in seiner Gewerkschaft die Vertretung seiner berechtigten Ansprüche.

Ist der Verband auch mit dem „Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer“, der als sozialdemokratischer Kriegerverein angesprochen werden kann. — Wer Mitglied werden will, zur Bildung einer Ortsgruppe Material benötigt, Rat und Aufschluss in militärischen Angelegenheiten benötigt, wende sich an die angegebene Adresse.

Was schenke ich zu Weihnachten? Es ist menschlich durchaus verständlich, daß in der Krisenzeit ängstliche Gemüter mit Sorge in die Zukunft schauen. Wer bei der Deutschen Volksversicherung sich und die Seinen versichert hat, ist dieser Sorge enthoben.

Aus dem gewerblichen Leben.

Der holzgewerbliche Arbeitsmarkt im Oktober 1918. Nach den Berichten der Industrie, waren die landwirtschaftlichen Maschinenfabriken unvermindert gut beschäftigt. Ebenso die Werften. Der Eisenbahnenbau war ebensogut wie im Vormonat, etwas besser wie im Vorjahr beschäftigt.

Nach den Berichten der Arbeitsnachweise fehlte es in Pommern an Facharbeitern für die Holzindustrie. In Posen wurden allgemeine Arbeitskräfte häufig angefordert. Schlesien meldet eine verstärkte Nachfrage nach Arbeitskräften.

Die Arbeitslosigkeit in den bestehenden Fachverbänden der Holzarbeiter stellte sich am Schlusse des Monats auf 0,6 von Hundert der Mitglieder, gegen 0,5 Prozent im gleichen Monat des Vorjahres.

Erne durch Fachbücher!

Werke erster Fachleute mit vielen Abbildungen.

Der praktische Tischler 27,50; Die Tischlerwerkstatt 7,25; Die Tischlerschule 14,—; Der Schreiner 18,—; Der Dorschreiner 19,—; Der Vorbildschler 8,—; Der Landtischler 10,—; Der Möbeltischler 13,—; Einfache moderne Möbel 10,—; Moderne Möbel 10,—; Geschlitzte Möbel 12,—; Altbauische und gotische Zimmermöbel 10,—; Möbel in Rotolo 8,—; Möbel im Jugendstil 10,—; Stimmöbel, Polstermöbel, Phantasie-Möbel 10,35; Moderne Klein- und Ziermöbel 10,—; Möbelzierungen und Holzschmuckarbeiten I, II, III, IV, je 10,—; Renaissancemöbel und Gobelins 12,—; Rückenmöbel, Geräte und innere Ausstattung 30,—; Moderne Türen und Tore 13,—; Tore, Türen, Fenster und Glasarbeiten 10,—; Moderne Holzschmuckarbeiten 10,—; Die moderne Bantischlerei 18,—; Moderne Bantischlerarbeiten 20,50; Bau hölzerner Treppen 10,50; Dekoratives Holzbau 12,—; Kleine Holzarchitekturen 13,—; Rahmen- und Goldbleistiftfabrikation 7,35; Das Breuen des Holzes 4,—; Holzschleifen, -beizen, -polieren 3,70; Das Drechslergewerbe 10,—; Der Drechsler 10,—; Moderne Drechslerarbeiten 16,—; Der Stützer 10,—; Der Stellmacher 14,—; Der Zimmermann 8,70; Dachschichten 2,70; Dachausmittlungen 3,—; Das Parlett 13,—; Die Laubhäger 4,—; Der Bauglaser 8,—; Der Bauklotter 6,90; Der Antreiber 6,70; Die Laderkiste 8,70; Holz- und Baumaterialien 21,85; Die Bau- und Hüttenbau 10,—; Der Holzschreiner 5,—; Der Schnittholzberechner 2,70; Der Lohnberechner 2,—; Der Rechenbecher 3,35; Rechenheft 3,50; Der Handwerker als Kaufmann 7,25; Fachzeichnen 10,—; Verband gegen Raubnahme (ins Feld gegen Kasse zusätzlich 20 Hg. Porto für jedes Buch).

Nur direkt durch E. Schwarz & Co. Verlagsbuchhandlung, Berlin 322, Dresdenerstr. 80.

Jeder heeresentlassene Holzarbeiter

hat die Pflicht, sich sofort nach der Entlassung beim Verband anzumelden und bei der Wiederaufnahme der Arbeit mit der Beitragsleistung zu beginnen. Der Verband kennt in den Tagen des Unterstützungsanspruchs nur die Mitglieder, die sich Rechte auf Grund ordnungsmäßiger Beitragsleistung erworben.